

1 **Modernes Thüringen – Starke Kommunen**

2

3 **Präambel**

4 Mit dem Regierungswechsel 2014 hat die SPD die Möglichkeit erhalten, eine Politik
5 mit dem klaren politischen Willen zur Entwicklung eines modernen, gerechten und
6 zukunftsgerichteten Freistaats Thüringen zu gestalten. Natürlich ist in der jetzigen
7 Koalition noch nicht alles erreicht, aber die SPD hat eine klare Vorstellung für ein
8 modernes Thüringen. Daran orientiert sich ihr Regierungshandeln und daran wird sie
9 sich von den Wähler*innen messen lassen.

10 Die Sozialdemokrat*innen waren in den letzten drei Jahren die treibende Kraft in der
11 Koalition und haben insbesondere in den Politikfeldern Innen, Finanzen, Wirtschaft,
12 aber auch in den Kernkompetenzen wie Soziales und Bildung wichtige Beiträge
13 geleistet. Gegenwärtig stellen wir entscheidende Weichen im Bereich der Finanzen,
14 der Inneren Sicherheit, der Forschung sowie der Digitalisierung des Landes. Die
15 Bilanz kann sich sehen lassen – vieles wurde erreicht oder erfolgreich auf den Weg
16 gebracht.

17 Wie Umfragen belegen, fühlen sich die Bürger*innen in unserem Freistaat wohl. Sie
18 sehen mehrheitlich eine gute berufliche Perspektive und sind der Ansicht, dass sie
19 sich in unserem Freistaat für die Gründung einer Familie entscheiden und Kinder
20 großziehen wollen. Seit kurzem stellen wir fest, dass unser Freistaat als
21 Zuwanderungsland vor allem für junge Familien an Attraktivität gewinnt. Arbeitsmarkt
22 und Wirtschaft sind intakt. Hinzu kommt, dass Thüringen finanziell solide aufgestellt
23 ist. Mit unserer erfolgreichen Finanzpolitik verbinden wir heutige Investitionen mit
24 zukünftigen Spielräumen, die unseren Freistaat noch lebenswerter und
25 wettbewerbsfähiger machen.

26 Um jedoch dem Anspruch gerecht zu werden, die Zukunft zu gestalten und das
27 Leben der Menschen spürbar zu verbessern, müssen wir unsere politischen
28 Schwerpunkte noch deutlicher dort setzen, wo die Lebenswirklichkeit der
29 Bürger*innen in besonderer Weise durch Veränderungsprozesse berührt wird. Wenn
30 wir nicht jetzt handeln, wird die demografische Entwicklung Thüringen besonders hart
31 treffen. Dies stellt vor allem den ländlichen Raum vor große Herausforderungen.
32 Unser Ziel ist es, eine hohe Lebensqualität in allen Landesteilen, sei es in Sonneberg
33 oder in Nordhausen, sei es in Eisenach oder in Altenburg, sicherzustellen. Dazu
34 brauchen wir auch Lösungen, um die medizinische Versorgung, die Pflege, die
35 schulische und berufliche Bildung, die Mobilität und die Daseinsvorsorge
36 sicherzustellen. Unsere Partner bei der Bewältigung dieser Aufgaben sind die
37 Kommunen.

38

39 Thüringen muss ein Land starker und effizienter Kommunen werden. Unsere Städte,
40 Gemeinden und Landkreise müssen die kräftige Säulen sein, auf denen maßgeblich

41 der Erfolg unseres Freistaats aufbaut. Mit guter Unterstützung des Freistaats ist es
42 unseren Kommunen gelungen, gute und stabile Lebensbedingungen für unsere
43 Bürger*innen zu schaffen, hervorragende Standortqualität für die Wirtschaft
44 anzubieten und eine Daseinsvorsorge für unser Land vorzuhalten. Thüringen ist das
45 erfolgreichste der neuen Bundesländer und damit eine der attraktivsten Regionen in
46 Europa und der Welt. Das wollen wir bewahren und die starke Stellung auch für die
47 kommenden Jahre absichern. Deshalb streben wir Reformen in Partnerschaft mit den
48 Kommunen an. Ein herausfordernder, aber notwendiger Prozess, dem sich die
49 Sozialdemokratie stellt. Die Schaffung zukunftsfähiger und effektiver Gebiets- und
50 Verwaltungsstrukturen in Thüringen verbessert maßgeblich die politischen
51 Voraussetzungen, um sich für eine fortgesetzte solidarische Unterstützung
52 strukturschwacher Räume auf deutscher und europäischer Ebene stark zu machen.
53 Thüringen muss sich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern und mit
54 strukturschwachen westdeutschen Bundesländern in einem engen Bündnis für die
55 fortgesetzte Angleichung der Lebensbedingungen in unseren Kommunen einsetzen.

56

57 Die Kommunen sind die unverzichtbare Basis unseres Gemeinwesens. Das
58 staatliche Handeln ist auf ihre funktionierenden Gemeinschaften gestützt. Sie sind
59 der Ort, an dem das Heimatgefühl der Menschen greifbar wird, an dem sich
60 Menschen aktiv und ehrenamtlich in die Bürgergesellschaft einbringen. Kommunen
61 sind somit der wichtigste Berührungspunkt zwischen Bürger*innen und politischen
62 Entscheidungen und genau deshalb muss die Sozialdemokratie in der Kommune
63 besonders präsent sein.

64 Die SPD Thüringen muss DIE politische Kraft für unsere Kommunen im Freistaat
65 sein. Die Basis dafür ist ihre starke Verankerung in der Kommunalpolitik, durch
66 Landrät*innen, Bürgermeister*innen sowie Kreis- und Gemeinderät*innen, aber auch
67 ihr Wirken innerhalb der Landesregierung. Durch die Wahl der Regierungsressorts ist
68 die SPD im Land erster Ansprechpartner und wichtigster Anwalt der kommunalen
69 Familie im Freistaat.

70 Diese besondere Stellung folgt unserem Anspruch, gerechte und zukunftsgerichtete
71 Politik für alle Landesteile und Regionen Thüringens zu gestalten.

72 **Moderne Familienpolitik in der Kommune**

73 Die SPD Thüringen hat die Politik für Familien, Kinder und Jugendliche in den
74 vergangenen Jahren erfolgreich vorangebracht. Nicht nur durch das beitragsfreie
75 erste Kitajahr und die geplante Erhöhung des Betreuungsschlüssels ist soziale
76 Gerechtigkeit und Chancengleichheit nach Thüringen zurückgekehrt. Wir haben dafür
77 gesorgt, dass die frühkindliche Erziehung verbessert, die Einrichtung von
78 Ganztagschulen vorangebracht und die Familien- und Jugendhilfe intensiviert wird.

79 Die bisherigen Erfolge wollen wir fortführen. Dabei werden wir uns weiterhin an den
80 Bedürfnissen von Kindern, jungen Menschen und Familien orientieren und auf
81 gesellschaftliche Phänomene wie den demographischen Wandel oder die
82 Digitalisierung reagieren. Es ist uns dabei ein besonderes Anliegen, dass die
83 Angebote auch im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

84 Um weiterhin ein Land zu sein, in dem gerne Familien gegründet und Kinder
85 großgezogen werden, braucht es nicht nur eine grundlegende finanzielle
86 Absicherung von Familien in Armut, sondern ebenso kostenfreie Infrastruktur bei
87 Kinderbetreuung, Bildung, Mobilität und Freizeit. Die Bekämpfung von Kinderarmut
88 und die Verbesserung von Chancengleichheit im ländlichen Raum wollen wir durch
89 ein dichtes Netz von Institutionen, die Familien und Jugendlichen zur Seite stehen
90 gewährleisten. Unsere Zielstellung ist ganz klar: In unserer Heimat soll kein Kind in
91 Armut leben.

92 Darüber hinaus setzen wir uns für innovative Konzepte und neue Ideen der
93 Familienpolitik ein. Eine Elterninformations-App ist ebenso denkbar wie
94 Modellprojekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in kleinen und mittelständigen
95 Unternehmen.

96 Die SPD steht für eine Politik, die langfristig denkt und wirkt. Wir sind überzeugt, die
97 Zukunftsthemen erfordern Pläne und antworten, die deutlich über die kommende
98 Legislatur hinausgehen.

99

100 **Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten**

101 Auch beim Wohnraum bilden sich immer stärker werdende Disparitäten zwischen
102 stark nachgefragten Städten und mit Schrumpfung und Leerstand konfrontierten
103 ländlichen Räumen. Gleichzeitig bedarf es immer größerer Anstrengungen, um
104 Menschen mit geringem Einkommen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die SPD
105 Thüringen wird dafür sorgen, dass alle Menschen im Freistaat bezahlbaren
106 Wohnraum an ihrem Lebensmittelpunkt finden können. Die Devise muss dabei
107 lauten: Sozialen Wohnungsbau ausbauen!

108 Wir fördern weiter über den revolvingierenden Fonds des „Thüringer
109 Wohnungsbauvermögen“ den sozialen Wohnungsbau vor allem in Städten mit
110 angespannter Wohnungslage. Wir möchten auch in Gebieten mit hoher Nachfrage

111 nach Bauland Flächen für geförderten Wohnungsbau ausweisen. In Neubaugebieten
112 soll eine Quote von 20% geförderten Wohnbau erreicht werden. Gleichzeitig müssen
113 die Flächennutzungs- und Bauregularien vereinfacht und stetig an die derzeit
114 schnelllebigen Veränderungen angepasst werden.

115 Seitens des Bundes fordern wir die dringende Erhöhung der Ausgleichszahlungen für
116 die soziale Wohnungsbauförderung auf mindestens 2 Milliarden Euro pro Jahr.

117

118 **Moderne und bürgernahe Verwaltung**

119 Unser Freistaat hat sich in den letzten 25 Jahren verändert. Die Verwaltung muss
120 weiterentwickelt werden und steht unter dem Druck des Demografischen Wandels.
121 Anderenfalls könnte unser Land in den Zustand einer Lähmung geraten. Deshalb ist
122 es aus Sicht der SPD Zeit, auf die Veränderungen zu reagieren und für die Zukunft
123 zu handeln. Damit hebt sie sich von der Politik der CDU ab, die über
124 Besitzstandswahrung nie hinaus gekommen ist. Wir wollen, dass Thüringen für die
125 Menschen, die hier leben leistungsfähig bleibt. Die Verwaltung muss für die
126 Bürger*innen da sein. Deshalb werden wir die Aufgaben und Prozesse innerhalb
127 der Landesverwaltung analysieren und überall dort verändern, wo der Nutzen und
128 der Servicecharakter für die Bürger*innen und Wirtschaft gesteigert werden kann.
129 Dort, wo Synergieeffekte und Einsparmöglichkeiten entstehen, werden wir diese
130 nutzen.

131 Thüringen braucht zukunftsfähige Strukturen. Wir scheuen uns nicht davor, die
132 Veränderungen herbeizuführen.

133 Daran anknüpfend gilt es, die gemeindliche Ebene neu zu ordnen.
134 Vorgängerregierungen unter maßgeblicher Führung der CDU haben den Freistaat
135 lediglich verwaltet, aber nicht für die Zukunft nachhaltig gestaltet. Viele Gemeinden
136 stehen vor großen finanziellen und organisatorischen Herausforderungen. Wir
137 packen die Gemeindeneugliederung an, um bei größtmöglicher Selbstständigkeit,
138 finanzielle Handlungsfähigkeit und flexible sowie effiziente Aufgabenerfüllung zu
139 ermöglichen. Unsere Vorzugsmodelle einer umfassenden Gemeindeneugliederung
140 sind die Einheits- und Landgemeinden mit mindestens 6.000 Einwohner*innen. Die
141 Verbandsgemeinde als zusätzliches Angebot an die kommunale Familie befindet sich
142 derzeit in Prüfung. Die Gemeinden können damit aus einem auf sie passenden
143 Angebot wählen. Wir setzen dabei im ersten Schritt bewusst auf Freiwilligkeit.
144 Allerdings wird es Rosinenpickerei mit uns nicht geben.

145 Wir werden freiwillige und leitbildgerechte Fusionen großzügig mit Fördermitteln und
146 Strukturbeihilfen unterstützen, damit ein gemeinsamer Start in neuen, bürgernahen
147 und gleichzeitig leistungsfähigeren Strukturen möglich ist.

148 Die Kreisneugliederung im Freistaat werden wir mit Augenmaß und dem Ziel der
149 Zukunftsfestigkeit weiterverfolgen. Starke und effiziente Kreisstrukturen sind

150 Voraussetzung für bürgernahe kommunale Verwaltungen und eine stabile
151 Gemeindestruktur.

152

153 **Finanzielles Fairplay statt Bedarfszuweisung**

154 Die SPD hat in dieser Landesregierung auf Finanzsorgen einiger Kommunen bereits
155 reagiert. Mit zusätzlichen Finanzpaketen haben wir die finanzielle Situation der
156 Kommunen verbessert. So sind die in den Jahren 2012 bis 2014 reduzierten
157 Zuweisungen des Freistaates wieder auf das Niveau der Jahre 2010 und darüber
158 hinaus angehoben worden. Auch die eigenen Steuermehreinnahmen wurden den
159 Kommunen belassen.

160 Dennoch gibt es viele Gemeinden, die ihre Aufgaben nur noch durch
161 Bedarfszuweisungen erfüllen können. Diesen Gemeinden fehlt die Möglichkeit, ihre
162 Infrastruktur zu erhalten und auf freiwillige Leistungen müssen sie fast vollständig
163 verzichten. Die SPD Thüringen setzt sich deshalb dafür ein, dass beim kommunalen
164 Finanzausgleich vor allem strukturelle Verbesserungen erreicht werden. Ansatzpunkt
165 ist hierbei die Bedarfsermittlung unter Einbeziehung notwendiger Investitionsmittel.
166 Auch übergeordnet muss schnellstmöglich eine neue Verteilungsgerechtigkeit
167 zwischen Bund, Land und Kommunen hergestellt werden.

168 Wir wollen sicherstellen, dass die Finanzierung von Gesetzen dort sichergestellt wird,
169 wo sie gemacht werden. Es braucht dazu dringend eine konsequente Umsetzung
170 des Konnexitätsprinzips. Wir brauchen Modelle mit langfristigen finanziellen
171 Kompensationen für Landkreise, Städte und Gemeinden. Sie können nicht länger mit
172 Fremdaufgaben alleine gelassen werden.

173 Um den Kommunen eine finanzielle Perspektive zu schaffen, braucht es ein neues
174 Modell der Konsolidierungshilfe. Wir werden die Möglichkeit eines kommunalen
175 Entschuldungsfonds prüfen.

176

177 **Überholspur statt Investitionsstau**

178 Die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen hängt davon ab, dringend nötige
179 Investitionen tätigen zu können. Wenn Infrastruktur geschaffen, instandgesetzt und
180 erhalten wird, bleibt unsere Heimat lebenswert, familienfreundlich und
181 konkurrenzfähig.

182 Wir haben dafür gesorgt, dass in der aktuellen Legislaturperiode kontinuierlich
183 Investitionen im Land, aber auch in den Kommunen möglich sind. Ein Beispiel dafür
184 ist das 100-Millionen-Programm für Kommunen in den Jahren 2017 und 2018 sowie
185 die ofinanzierung des Kommunalinvestitionsprogramms des Bundes durch die
186 Landesregierung. Damit können auch Kommunen in Haushaltssicherung notwendige
187 Investitionen stemmen.

188 Darüber hinaus prüfen wir, wie eine weitere Unterstützung an Kommunen im
189 Investitionsbereich aussehen kann. Bedarfe werden vor allem in folgenden
190 Bereichen gesehen:

- 191 • Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie neue Mobilitätskonzepte
- 192 • Kindergärten und Schulen
- 193 • Wohnungswirtschaft
- 194 • Kultur und Tourismus, Sportstätten und Bäder
- 195 • Gewässerreinigung
- 196 • Brandbekämpfung und öffentliche Sicherheit
- 197 • Digitale Infrastruktur, Verwaltungsmodernisierung und E-Government

198 So werden wir gemeinsam mit unserer Digitalisierungsstrategie dazu beitragen, den
199 ländlichen Raum auch in Zukunft attraktiv für junge und ältere Menschen zu
200 gestalten. Wir wollen damit eine weitere Abwanderung verhindern und eine
201 Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung auch abseits der großen Städte
202 sicherstellen.

203 Um auch den Bund stärker in die Verantwortung zu nehmen, braucht es flexiblere
204 Förderprogramme, die vor allem Kommunen in schwieriger wirtschaftlicher Lage
205 Investitionen ermöglichen. Ansonsten besteht die Gefahr des Auseinanderdriftens
206 von finanz- und investitionsstarken Kommunen und denen, die durch fehlende Mittel
207 oft nicht einmal die notwendigen Eigenanteile für Förderprogramme stellen können.

208 Ebenso ist es erforderlich, dass Förderprogramme auf Bundesebene einen
209 Kommunal-Check durchlaufen, um den Bedürfnissen der Kommune gerecht zu
210 werden.

211

212 **Digitalisierung als Chance des ländlichen Raums**

213 Viele Thüringer Verwaltungsbehörden sind bereits gut auf der Höhe der Zeit
214 aufgestellt. Jedoch müssen sie weiter auf die neuen Verwaltungsherausforderungen
215 des 21. Jahrhunderts vorbereitet werden. Die Verfahren und Arbeitsweisen sind
216 zukünftigen Entwicklungen anzupassen. Unsere Bürger*innen erwarten zu Recht
217 schnelle, unbürokratischere und dabei qualitativ hochwertige Aufgabenerledigungen
218 unserer Verwaltungsbehörden. Ähnlich wie anderen Lebensbereichen, insbesondere
219 der Wirtschaft, in denen digitale Angebote eine radikale Vereinfachung und
220 Beschleunigung herbeigeführt haben, soll die öffentliche Verwaltung mit ihren E-
221 Governmentangeboten den Service für die Bürger*innen und
222 Wirtschaftsunternehmen verbessern. Auch für unsere Verwaltungsmitarbeiter*innen
223 sollen und werden mit verbesserter elektronischer Unterstützung die
224 Arbeitsbedingungen verbessert.

225 Wir verfügen über die notwendigen Schlüsselressorts für eine erfolgreiche
226 Umsetzung der Digitalisierungsstrategie im Land. Durch den Breitbandausbau, die

227 weitere Einführung von E-Government-Lösungen und durch das Schaffen von
228 flexiblen und effizienten Verwaltungseinheiten können unsere Kommunen zu
229 Vorreitern werden – wir werden Thüringen flächendeckend auf die Verwaltung 4.0
230 „upgraden“.

231 Dafür muss eine kontinuierliche Planung und daraus folgende Unterstützung bei der
232 Verbesserung der digitalen Infrastruktur durch den Freistaat erfolgen. Mit unseren
233 Erfolgen beim Bundesförderprogramm für Breitbandausbau haben wir gezeigt, wie es
234 geht. Sehr bald wird man in allen Orten unseres Landes mit mindestens 50 Mbit/s an
235 die Netzwelt angeschlossen sein. Doch dies reicht uns noch nicht aus. Wir wollen
236 noch besser werden. Um Zukunftstechnologien und Innovationen, wie autonomes
237 Fahren, künstliche Intelligenz, Prozessautomatisierung und jegliche „E-
238 “Anwendungen in unseren Freistaat zu holen, wollen wir die digitale Infrastruktur
239 kontinuierlich weiter ausbauen, um weitaus höhere Übertragungsraten
240 flächendeckend sicherzustellen. Dies ist eine Daueraufgabe und wir werden hier
241 Strukturen etablieren, die insbesondere die Umsetzung in den Kommunen
242 unterstützt.

243 Um neben der Struktur auch das Know-How in die Breite zu tragen, werden wir eine
244 spezialisierte Beratungseinheit für die Gemeinden und Städte schaffen. Dieses
245 Kompetenzzentrum „Verwaltung 4.0“ wird bei der Einführung und Implementierung
246 digitaler Lösungen und Prozesse helfen. Sie wird im Landesverwaltungsamt
247 angesiedelt sein, aber mobil arbeiten, um vor Ort zu helfen. Wir sind überzeugt, die
248 Bürger*innen unseres Freistaates haben ein Recht auf annähernd gleiche
249 Lebensbedingungen, unabhängig von ihrem Wohnort. Bei der Vielzahl an
250 Gebietskörperschaften, die heute unsere Heimat ausmachen, wird es von immenser
251 Bedeutung sein, einheitliche Standards über die gesamte Hierarchie der Thüringer
252 Verwaltung anzubieten.

253 Auch in der Onlinekommunikation wollen wir unsere Kommunen auf den neuesten
254 Stand bringen. Dazu planen wir einen kostenfreien Werkzeugkasten für digitale
255 Angebote, mit denen die Gemeinden nach innen und außen kommunizieren können.

256

257 **Sicher leben in unserem Freistaat**

258 Das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürger*innen ist in den letzten Jahren
259 durch viele Einflüsse gesunken. Terrorgefahr, gewaltbereite Extremisten, ein stetig
260 sinkendes Aggressionspotential sowie die drastisch angestiegene Hasskriminalität
261 gegenüber Polizist*innen Journalist*innen sowie anderen Berufsgruppen und
262 Minderheiten führt zu viel Verunsicherung. Es besteht hier massiver Handlungsdruck,
263 dem wir uns aktiv gestellt haben.

264 Das SPD geführte Innenministerium hat in guter Zusammenarbeit mit den
265 Gewerkschaften auf diese besondere Situation reagiert.

266 Durch Priorisierung, Bündelung und Koordinierung konnten zahlreiche
267 Ermittlungserfolge verzeichnet werden. Thüringen ist eines der sichersten
268 Bundesländer.

269 Sicherheit ist ein ursozialdemokratisches Thema. Schließlich können sich – ohne
270 einen starken Staat – nur die privilegierten Bürger*innen einen besonderen Schutz
271 leisten. Um in den Kommunen für mehr Sicherheit zu sorgen werden wir darüber
272 hinaus Modellprojekte für kommunale Sicherheitspartnerschaften schaffen. Dort
273 können Polizei, Ordnungsbehörden, Feuerwehr und Zivilgesellschaft in
274 Präventionsprojekten zusammenarbeiten und das Sicherheitsgefühl und den
275 Informationsaustausch stärken. Weiterhin werden wir uns dafür stark machen, die
276 Kommunen durch den Ausbau von Kompetenzen bei der Videoüberwachung und
277 städtebaulicher Kriminalprävention zu unterstützen.

278 Straftaten setzen wir die ganze Kraft des Rechtsstaats entgegen. Die Menschen, die
279 in unserer Heimat straffällig werden, müssen sich unabhängig von ihrer Nationalität,
280 deutlich machen, dass dies in keinem Fall toleriert wird, sondern ganz erhebliche
281 persönliche Konsequenzen nach sich zieht.

282 Ein weiteres Anliegen ist uns der effektive Schutz insbesondere auch von
283 ehrenamtlichen Mandatsträger*innen, wie Bürgermeister*innen und Ratsmitgliedern,
284 vor Hasskriminalität. Im Zuge der Bundestagswahl hat sich die Zahl der Angriffe auf
285 politische Personen und Einrichtungen vervielfacht. Es braucht dringend
286 Handlungsempfehlungen und Maßnahmen für die Politiker*innen vor Ort. Wir werden
287 dazu ein Maßnahmenpaket erarbeiten.

288 Der Kampf gegen zunehmende Rechtsrockkonzerte in Thüringen bildet einen
289 weiteren Schwerpunkt unserer Politik. Unser Freistaat ist ein vielfältiges und
290 weltoffenes Bundesland. Solche Konzerte passen deshalb nicht zu unserer Kultur
291 und Wertevorstellung. Wir wollen durch konkrete rechtliche Beratung die Kommunen
292 bei der Anwendung des Versammlungsrechts unterstützen. Ziel muss es sein, es
293 solchen Veranstaltern so schwer wie möglich zu machen, Konzerte dieser Art in
294 Thüringen durchzuführen. Straftaten müssen auch in diesem Zusammenhang
295 konsequent verfolgt werden. . Darüber hinaus werden wir das in Thüringen
296 entstandene System der kommerziell getriebenen Verbreitung von Hassideologien
297 austrocknen. Dies ist vornehmlich eine gesellschaftliche Aufgabe, die wir als
298 politische Partei zusammen mit Kirchen und Gewerkschaften zum Thema machen
299 werden. Um die rechtsextreme Gefahr zu bannen, braucht es couragierte Menschen,
300 die auf die Straße gehen. Diese wollen wir in ihrem Handeln aktiv unterstützen.

301

302 **Gesundheit und Pflege im ländlichen Raum sicherstellen**

303 Das Vertrauen in die Ärzt*innen ist hoch, die Zahl der Ärzt*innen pro Einwohner
304 steigt, es gibt exzellente Kliniken in unserem Freistaat. Aber die Mediziner*innen und
305 Pflegekräfte in unserem Freistaat sind ungleich verteilt. Oft sind es ländliche und

306 strukturschwache Gebiete, in denen eine Unterversorgung den hohen
307 Gesundheitsstandard unserer Bürgerinnen und Bürger gefährdet.

308 Wir als SPD stehen für eine gesundheitliche Versorgung, die allen Menschen
309 unabhängig von Einkommen, Wohnort oder Lebensentwurf, zuteilwird. Wir fordern
310 deshalb Gegenmaßnahmen, damit Ungleichbehandlungen bekämpft werden, statt
311 sie weiter zu verschärfen.

312 Wir als SPD legen ebenso einen Fokus auf die Etablierung der Telemedizin und den
313 Ausbau digitaler Angebote parallel zu etablierten Angeboten, um grundlegende
314 medizinische Untersuchungen möglichst vor Ort durchführen zu können. Dies kann
315 auch durch die Einführung des Berufsbilds des Arztassistent*innen unterstützt
316 werden.

317 Wir setzen uns für die Förderung von lokalen Gesundheitszentren ein. In solchen
318 Ärztehäusern wird viel fachärztliche Kompetenz gebündelt, um die Versorgung in der
319 Breite sicherzustellen.

320

321 **Kluger Klimaschutz und Energieeffizienz vor Ort**

322 Der Klimaschutz und die drastische Erhöhung von Energieeffizienz ist vor dem
323 Hintergrund des voranschreitenden Klimawandels eine zentrale Herausforderung für
324 unsere Kommunen. Um das ehrgeizige Ziel des Klimaschutzplans, bis 2050 Co2-
325 neutral zu leben, realisieren zu können, müssen die Kommunen und ihre
326 Bürgerschaft eingebunden werden. Mit ihren Ideen und durch das Schaffen von
327 flexiblen Umsetzungsmodellen per Gesetzgeber kann noch mehr als bisher erreicht
328 werden. Echter Klimaschutz muss dezentral erreicht werden. Er muss die lokalen
329 Gegebenheiten aufnehmen und weiterentwickeln.

330 Mit innovativen, oft digitalen Lösungen ist es möglich, unseren Bürger*innen
331 individuelle Ansätze aufzuzeigen. So ist die Kraft-Wärme-Kopplung ein
332 hocheffizientes System, das dezentral in den jeweiligen Haushalten eingesetzt
333 werden kann. Auch das Erneuern von Heizanlagen und die Steuerung via Smart-
334 Meter können mit kleinem Aufwand hohe Einsparpotenziale erreichen.

335 Überdenken wollen wir die energetische Gebäudesanierung durch Dämmung. Sie
336 führte nicht nur oft zum Ausschluss von regionaltypischen Baustoffen, sondern es
337 wurde überwiegend mit Styropor gedämmt, dessen Klimabilanz mehr als fragwürdig
338 ist. Oft genug wurde durch diese verordnete Dämmung lokale Baukultur langfristig
339 zerstört und damit die Attraktivität des Ortes gemindert. Diesen Trend wollen wir
340 beenden, um auch auf diese Weise unsere Heimatregion attraktiv zu halten.

341 Wir sehen die Kommunen als Pioniere für den modernen Klimaschutz im
342 Energiewende-Land. Dafür müssen Sie von der Bundesregierung unterstützt werden,
343 die auf internationalen Konferenzen ehrgeizige, aber wichtige Klimaziele
344 festgeschrieben hat. Die SPD Thüringen fordert deshalb eine spezielle Förderung

345 neuer Konzepte und Modellprojekte in Kommunen. Daneben braucht es einen
346 Ausbau individueller Energieberatung für Kommunen und Stad/Kreiswerke.

347 Die Aufstockung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms des Bundes auf
348 mindestens 5 Milliarden Euro jährlich ist aus unserer Sicht unausweichlich. Nur so
349 scheint die Erreichung des Klimaschutzziels für die Kommunen realistisch. Die
350 Anpassung und Erweiterung der Förderkriterien, um flexibel auf den jeweiligen
351 Gebäudezustand, Denkmalschutzaspekte und finanzielle Voraussetzungen eingehen
352 zu können, muss damit einhergehen.

353

354